
„Berlin braucht eine Regierung des Aufbruchs, damit die Wirtschaft weiter hier investiert“

26.09.21 | Berlin

„Berlin braucht eine Regierung des Aufbruchs, damit die Wirtschaft weiter hier investiert“

Nach der Abgeordnetenhaus-Wahl: Wirtschaft fordert eine besser funktionierende Stadt

Nach der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin verlangt die Wirtschaft mehr Reformtempo von der Politik. „Berlin braucht jetzt eine Regierung des Aufbruchs“, forderte UVB-Hauptgeschäftsführer Christian Amsinck. „Es gibt viel zu viele Baustellen, die Wachstum und neue Arbeitsplätze in der Stadt bremsen. Eine neue Koalition muss rasch dafür sorgen, dass Berlin wieder besser funktioniert.“

Digitalisenatorin soll für Tempo sorgen

Ganz oben auf der To-Do-Liste stehe mehr Tempo bei der Digitalisierung. Nötig seien Gigabit-Anschlüsse für alle, elektronische Akten in den Ämtern, mehr Tablets in den Schulen und vieles mehr. Diese Aufgabe müsse eine Digitalisenatorin oder ein Digitalisenator in die Hand nehmen.

„Ebenso wichtig ist es, mehr neue Wohnungen zu errichten und den Ausbau von Straßen und

Schienen in Berlin und ins Umland zu forcieren", sagte der Hauptgeschäftsführer weiter. „Auch bei der Bildung ist der Nachholbedarf riesengroß. Die Schulen müssen endlich erfolgreicher werden, damit die jungen Menschen Chancen auf gute Jobs haben und die Fachkräfte-Engpässe der Firma nicht noch größer werden."

„Selbstblockade in Zukunftsfeldern schadet Berlin"

Der Druck auf die Unternehmen steige, fügte Amsinck hinzu. Sie hätten die Mega-Themen Digitalisierung, Demografie und Dekarbonisierung vor der Brust. „Nur wenn der neue Senat den Standort modernisiert, werden die Firmen auch weiter hier investieren. Als wichtigste Hauptstadt Europas kann sich Berlin eine Selbstblockade in den entscheidenden Zukunftsfeldern nicht länger leisten.“

Disclaimer

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind die Stimme der Wirtschaft in der Hauptstadtregion. Wir stehen für 60 Mitgliedsverbände aus allen wichtigen Branchen, von der Autoindustrie bis zur Startup-Branche. Als Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) setzen wir uns für die Belange der regionalen Wirtschaft auf Bundesebene ein. Unser ordnungspolitisches Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft mit einem funktionierenden Wettbewerb. Für uns sind unternehmerische Freiheit, ökonomische Leistungsfähigkeit und Verantwortung für das Gemeinwohl untrennbar miteinander verbunden.

- [Auf Xing teilen](#)
- [Auf Facebook teilen](#)
- [Auf X teilen](#)
- [Auf LinkedIn teilen](#)

- [Drucken](#)
- [Als PDF speichern](#)

Ihr Ansprechpartner zum Thema Wirtschaftspolitik

Stellvertretender Hauptgeschäftsführer

Sven

Weickert

Telefon:
+49 30 31005-141

Telefax:

+49 30 31005-240

E-Mail:

Weickert [at] uvb-online.de

[Download VCF](#)

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:

Broenstrup [at] uvb-online.de

[Download VCF](#)